III. JAH...

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG: OSCAR GRÜN

ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 3251

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION



BUREAU CENTRAL DE LA PRESSE JUIVE

Erscheint 1—2 mal wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Nummer 78 | 6. Februar 1920 | י"ז שבט תר"ף | Preis 30 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe

Herbert Samuel auf dem Wege nach Palästina.

Am 20. Januar ist Herbert *Samuel* in Alexandrien eingetroffen, wo er von *Ussischkin, Siw* und Baron *Monash* empfangen wurde.

Am 21. Januar ist Samuel von Alexandrien nach Cairo verreist.

Neuerliche Reise Weizmanns nach Palästina.

Der palästinensische „Waad Hazirim" hat von Prof. *Weizmann* die telegraphische Nachricht erhalten, wonach Weizmann Mitte Februar wieder nach Palästina zurückzukehren gedenkt.

Interview mit Abgeordneten Stricker.

Der Herausgeber der „Jüdischen Presszentrale Zürich", der einige Wochen in Oesterreich und in der Tschechoslovakei weilte, nahm in Wien Gelegenheit, den Führer der jüdischnationalen Bewegung in Oesterreich, Abgeordneten *Stricker*, zu interviewen, welcher die an ihn gestellten Fragen in folgender Weise beantwortete:

„Wie ist das Verhältnis der Regierung zu den Juden?"

„Die Regierung steht zufolge der Koalition mit den Christlichsozialen unter einem gewissen Druck der Antisemiten, wie sich dies besonders in der Ausweisungsfrage gezeigt hat. Immerhin aber konnte festgestellt werden, daß bei einem energischen Einschreiten der organisierten Judenschaft, die jüdischen Rechte gewahrt werden konnten. Jedenfalls hat sich die Regierung seinerzeit bei der alldeutschen Pogromagitation aus allen Kräften bemüht, Ausschreitungen zu verhüten. Der Friedensvertrag legt jeder österreichischen Regierung bezüglich des Schutzes der jüdischen Rechte Verpflichtungen auf und von der gegenwärtigen Regierung kann behauptet werden, daß sie ernstlich gewillt ist, alle Bedingungen des Friedensvertrages zu erfüllen. Die von den Christlichsozialen offiziell eingebrachte Gesetzesvorlage bezüglich der neuen Verfassung stellt die Gleichberechtigung aller Staatsbürger in den Vordergrund. Das bewusste Judentum kämpft gegenwärtig um die gesetzliche Anerkennung der jüdischen Nation."

Auf die Frage nach dem Stande der *jüdischnationalen Bewegung* in Oesterreich äußerte Abg. *Stricker*: „Die nationale Bewegung hat insbesondere während des Krieges große Fortschritte gemacht; sie hat dazu geführt, daß bei den letzten Wahlen kein Assimilationsjude ein Mandat für die öffentlichen Vertretungskörper erringen konnte. Sowohl bei den Wahlen für die Nationalversammlung als für den Wiener Gemeinderat hat es sich ergeben, dass mit Ausnahme der jüdischen Sozialdemokraten die überwiegende Mehrzahl der jüdischen Bevölkerung ihre Stimmen auf die nationalen Kandidaten vereinigt hat. Die Kultusgemeinde befindet sich gegenwärtig noch in den Händen des assimilatorischen Grossjudentums, aber dies nur deshalb, weil keine Neuwahlen vorgenommen, sondern bloss die Mandate verlängert wurden. Obzwar das neue Wahlstatut auch noch sehr rückständig ist und der reichen jüdischen Bevölkerungsklasse ein Uebergewicht sichert, werden doch die in kurzer Zeit stattfindenden Neuwahlen sicherlich mit einem Siege der jüdischnationalen Idee enden."

Auf die Frage nach dem Stande der *Flüchtlingsangelegenheit* bemerkte der Abg. *Stricker*: „Das offizielle jüdische Wien hat sich um die Flüchtlinge kaum gekümmert, doch ist es der Einwirkung der Zionisten gelungen, Amerika und die neutralen Länder, so namentlich die *Schweiz*, für die Lage der unglücklichen Flüchtlinge zu interessieren. Der Erfolg war die Etablierung der Abteilung Wien des amerikanischen „Joint Distribution Committee", in welcher die Zionisten maßgebenden Einfluss besitzen und welche das Flüchtlingselend erheblich gemildert hat. Was die Flüchtlinge selbst betrifft, so kann angenommen werden, daß viele von ihnen, welche in den langen Jahren des Exils sich hier einen festen Erwerb geschaffen haben, in Wien bleiben werden. Das bedeutet eine Bereicherung des jüdischen Lebens, wie überhaupt alle Anzeichen dafür sprechen, daß Wien ein starkes jüdisches Zentrum werden wird. Der Jüdische Nationalrat für Oesterreich hat auch bekanntlich Delegierte in die *Schweiz* entsendet, denen es dank dem Entgegenkommen der Schweizer jüdischen Bevölkerung gelungen ist, eine großzügige Kinderaktion einzuleiten, die hauptsächlich den Flüchtlingskindern zugute kommt. Es erübrigt sich zu sagen, in welch hohem Maße die viel geplagte Wiener jüdische Bevölkerung für die echt jüdische Hilfstätigkeit Dank empfindet, welche unsere *Schweizer* Brüder in so vorbildlicher Weise entfalten. Wir hoffen, daß es den Bemühungen der wackeren Schweizer Hilfskomitees gelingen wird, noch eine stattliche Zahl armer jüdischer Kinder zu der so dringend benötigten Erholung in die Schweiz kommen zu lassen."

Entwicklung und Förderung der hebräischen Sprache.

Interview mit Hillel Zlatopolsky.

Während seines letzten Aufenthaltes in Paris hatte der Herausgeber der „Jüdischen Presszentrale Zürich" Gelegenheit, sich mit dem bekannten Hebraisten Hillel *Zlatopolsky*, Präsidenten des „Tarbuth", der gegenwärtig an den Arbeiten des „Komitees der Jüdischen Delegationen an der Friedenskonferenz" teilnimmt, eingehend über die voraussichtliche Entwicklung der hebräischen Sprache zu unterhalten. Die selbstredend in hebräischer Sprache gemachten Aeusserungen des bekannten Mäcens und eifrigen Förderers der hebräischen Sprache geben wir nachstehend in Uebersetzung wieder:

„Wie denken Sie als Präsident des „Tarbuth" über die Wiederauflebung der hebräischen Sprache im Galuth und besonders in Palästina?"

„Eine der Hauptaufgaben des jüd. Volkes in seiner Wiederauflebungs-Epoche ist, die hebräische Sprache, die bisher nur als halblebendig betrachtet werden konnte, zu einer vollkommen lebendigen Sprache zu

machen. Da die hebräische Sprache, die vom jüd. Volke schon von jeher zum Lesen und Schreiben benutzte Sprache war und dies zu sein niemals aufgehört hat, steht es fest, daß man die hebräische Sprache nicht in der gleichen Weise als tote Sprache betrachten kann, wie das Sanskrit oder das Lateinische, umsomehr, als in den letzten Jahrzehnten sich verschiedene Vereine und Gruppen gebildet haben, deren Mitglieder untereinander hebräisch sprechen. Trotzdem kann man nicht behaupten, daß sie eine vollständig lebendige Sprache sei, denn es fehlt ihr die für verschiedene Spezialfächer notwendige Terminologie. Auch könnte man sie schon deshalb nicht als lebendige Sprache bezeichnen, weil die breiten Massen des jüd. Volkes nicht hebräisch sprechen können. Deshalb sagten wir, daß die hebräische Sprache nur zur Hälfte lebendig sei. Und wenn wir die hebräische Sprache stets und zu jeder Zeit als Nationalsprache anerkannten, so liegt der Grund darin, daß sie eine für das ganze jüd. Volk gemeinschaftliche Sprache war. (Für den einen war sie die Sprache des Gebets, für den zweiten die der Schrift, für den dritten die der Konversation, sodaß alle Teile des Volkes zu der hebräischen Sprache in irgend einer Beziehung standen.) Unser Bestreben geht jetzt dahin, die hebräische Sprache zu einem Mittel der Vereinigung des jüdischen Volkes zu machen. Wenn das jüdische Volk beginnen wird diese Sprache zu sprechen, dann wird die nationale Sprache alle Teile des jüd. Volkes vereinigen, die bisher nach Ländern und Sprachen getrennt waren. Wenn sie nicht nur die Sprache unserer Seele, wie es bis jetzt geschah, sondern auch die Sprache unserer Lippen sein wird, dann werden wir mit Recht behaupten können, daß wir ein Volk sind und eine Sprache haben. Die ersten Keime, die wir auf diesem Gebiete in Palästina aufgehen sehen, ermutigen uns und berechtigen uns zu der Annahme, daß die Wiederauflebung der hebräischen Sprache für das jüd. Volk nicht als unmöglich zu betrachten ist.

In dieser Hinsicht hat der „Tarbuth", wie man zugeben muß, vieles und grosses geleistet. Er hat Hunderte von Kindergärten geschaffen, Schulen und viele Institutionen ausser den Schulen, Gymnasien, Universitäten, in denen überall die hebräische Sprache die Unterrichtssprache ist. Aber was die Hauptsache ist, es ist ihm gelungen, durch den von ihm gegründeten Verlag „Amnuth" viele Lehr- und Lesebücher mit einer reichen Terminologie in allen Spezialfächern herauszugeben. Dies ist so wichtig, daß wir es nicht hoch genug einschätzen können. An der Spitze des „Amnuth" steht ein Kollegium von Spezialisten und Sprachkundigen. Es sind dies der bekannte Dichter *Bialik* und seine Kollegen. Die grosse Agitation, die in Russland zugunsten der hebräischen Sprache bereits vor der Gründung des „Tarbuth" geführt wurde — ich meine die Organisationen von „Loschon Wetarbuth" u. „Chowewe Sfath Ewer" — trug viel zur Verbreitung der hebräischen Sprache unter den grossen Massen bei und schuf ein Milieu von hebräisch Sprechenden auch im Galuth. Dieses Milieu kann uns als Garantie dienen, daß die Kinder, welche während der Schuljahre, wo alle Fächer hebräisch gelehrt werden, die Sprache gut beherrschen lernten, sie auch nachher nicht vergessen werden. Ohne ein solches Milieu wäre jede Arbeit doppelt schwer. Deshalb legen wir grossen Wert darauf, daß auch die Erwachsenen sich des Hebräischen als Umgangssprache bedienen. Es verlangt grosse Anstrengung und viel Energie, die Arbeit des „Tarbuth" unter den furchtbaren Bedingungen, die wir jetzt durchleben, fortsetzen zu können. Wir hoffen aber, daß die hebräische Sprache sogar im Galuth aufleben wird. Und in Palästina? Dort besuchen 11000 Schüler und Schülerinnen Schulen, wo die Lehrsprache hebräisch ist. Das ist fast die Gesamtzahl der jüd. Kinder in Palästina. Man darf hoffen, dass diese Verhältnisse sich nicht verschlimmern werden, auch dann nicht, wenn die erwartete grosse Masseneinmmigration nach Palästina einsetzen wird. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die nächste Generation unsere nationale Sprache und die Sprache unserer Propheten, die auch die Propheten der ganzen Welt sind, sich zu eigen machen wird."

„Glauben Sie nicht, daß durch die Masseneinwanderung der jiddisch sprechenden Ostjuden nach Palästina die Entwicklung der hebräischen Sprache gefährdet werden könnte und was gedenkt die zionistische Partei zur Förderung der hebräischen Sprache zu unternehmen?"

„Ich sagte schon, daß sogar wenn die Masseneinwanderung nach Palästina einsetzen wird, die Art des Unterrichts in den palästinensischen Schulen nicht geändert werden wird. Die grosse Mehrzahl der Juden wird den Wunsch hegen, daß ihre Kinder vollständige Palästinenser werden, und wird sich mit den vorhandenen Schulen zufrieden geben. Der Freisinnige wird seine Kinder in die freisinnigen Schulen zum Unterricht schicken und die Thoratreuen in die thoratreuen Schulen. Was zu Streitigkeiten und Spaltungen führen kann, ist der Fanatismus der Jiddischisten, da leider der Jiddischismus auch unter die Zionisten einzudringen begonnen hat. Der Anfang des Jiddischismus ist einfach auf „Am-Haarazuth" zurückzuführen. Es ist viel leichter, Jiddischist zu sein als die hebräische Sprache als nationale Pflicht anzuerkennen. Zum Schluß haben die Jiddischisten angefangen, Theorien aufzustellen und wer weiß, wohin uns diese Theorien führen werden? Es ist aber sicher, daß diese Richtung in Palästina keine tiefen Wurzeln fassen wird. Es ist erfreulich, daß die jüd. sozialistischen Arbeiter an der hebräischen Sprache festhalten und um keinen Preis auf sie verzichten wollen. Trotzdem ist für die hebräische Sprache in Palästina eine grosse Gefahr vorauszusehen, wenn die Masseneinwanderung ohne die nötige Vorbereitung einsetzen sollte. Vor allem müssen wir überall in den Galuth-Ländern Sprach- und Konversationskurse einrichten. Ich unterstreiche Sprachkurse und nicht hebräische Unterrichtskurse, denn ich lege keinen grossen Wert darauf, dass jemand fehlerfrei lesen und schreiben kann. Aber daß er hebräisch spreche, das ist das wichtige. Das Milieu der hebräisch Sprechenden bleibt dadurch erhalten und das Kind wird die Möglichkeit haben, überall hebräisch sprechen zu hören. Die Engländer und Araber werden sich dann überzeugen, daß das Hebräisch-Sprechen unter den Juden nicht etwas maschinelles, automatisches ist, das nur aus Politik verbreitet wird, sondern daß es eine Naturnotwendigkeit ist, die aus der Tiefe unserer Seele quillt. Auch in Palästina müssen wir solche Sprachkurse einrichten. Jeder Emigrant der nach Palästina kommt, muß, wie in Amerika, solange als „Grüner" bezeichnet werden, bis er einen dreimonatlichen Sprachkurs besucht hat, damit er mehr oder weniger hebräisch zu sprechen anfängt. Demjenigen Emigranten, der keinen Ausweis besitzt, daß er die Sprachkurse besucht hat, soll dies als Fehler vorgeworfen werden. Unsere grossen zionistischen Führer, die während der zwei Jahre seit der Balfourdeklaration schon etwas englisch erlernt haben, müssen sich vor der Tatsache schämen, daß sie während der 23 Jahre seit der Deklaration des ersten zion. Kongresses, sich nicht die hebräische Sprache zu eigen machen konnten. Zwar hat der Kongreß einen Beschluß angenommen, wonach auf allen zionistischen Versammlungen, sogar im Galuth, die Sprache des Präsidiums und der Referate Hebräisch sein solle, leider wird aber dieser Beschluß mit Füssen getreten.

Viele Zionisten, sogar die grossen, kommen nach Palästina und sprechen dortselbst öffentlich — in allen

möglichen Sprachen. Dieses Vorgehen kann ihnen nicht verziehen werden, denn bis wir nicht diese nationale Pflicht mit Ernst und Aufrichtigkeit auf uns nehmen werden, werden wir von unsern Nachbarn verhöhnt und von der jungen Generation, die in den hebräischen Schulen unterrichtet wird, verspottet werden. Die Hauptsache ist, daß diese Schwäche seitens der Grossen, jiddischistische Theorien mit sich bringen wird und solche Zwistigkeiten und Streitigkeiten, wie wir sie sogar im Galuth, wo der Streit der Sprachen natürlich ist, nicht kennen. Die zion. Partei ist mit dem Sieg des „Tarbuth" sehr zufrieden. Sie wird sich gewiss bemühen, das Programm des „Tarbuth" durchzuführen, auch in den Galuthländern. Die Hauptsache ist, daß wir uns bemühen sollen, in allen Emigrationsländern Sprachkurse einzurichten. Auch soll man in den Städten, wo Universitäten und viele intellektuelle Kräfte vorhanden sind, Lehrerseminare gründen."

Der rumänische Ministerpräsident über die Rechte der nationalen Minderheiten.

Am 30. Jan. hat der rumänische Ministerpräsident *Vaida-Voevod,* der sich derzeit in London befindet, in der rumänischen Gesandschaft mehrere Journalisten empfangen, darunter die Vertreter der jüd. Zeitungen „Jewish Times", „Jewish Chronicle" und New-Yorker „Hajnt". Aus der Unterredung mit Morris *Myer,* die in rumänischer Sprache geführt wurde, geben wir folgende Aeusserungen des rumänischen Ministerpräsidenten wieder: Die jüd. Frage in Rumänien existiert juristisch nicht mehr. Diese Frage ist ein für allemal mit der Unterfertigung des Minoritätenvertrages gelöst worden. Was die Frage des Minoritätenrechtes der Juden anbelangt, so ist dies eine Frage für sich. Ein Teil der jüd. Bevölkerung ist für die Assimilation und er, der Ministerpräsident, ist ganz ihrer Ansicht. Die Juden Rumäniens sollten sich assimilieren, nicht hinsichtlich ihrer Religion oder ihrer Rasse, sondern bezüglich ihrer Interessen und ihres Geistes. Die Juden, die ihre eigene Sprache, das Jiddische, beibehalten wollen, schliessen sich ins Ghetto ein. Er habe jedoch nichts gegen sie. Die rumänische Regierung werde ihnen keine Schwierigkeiten in den Weg legen und er sei überhaupt gegen jede Zwangsassimilation.

Zum Schluß hielt Vaida-Voevod eine längere Ansprache in französischer Sprache an alle versammelten Journalisten, aus welcher der folgende Abschnitt von Interesse für die Juden ist: Die rumänische Regierung ist bereit, allen Minoritäten vollste Autonomie in ihren eigenen Angelegenheiten zu gewähren. Die Minoritäten werden eigene Schulen besitzen können und die Regierung wird jeder Minorität Subventionen bewilligen für die Erhaltung der Schulen und religiösen Anstalten. Die Subventionen werden die Minoritäten nach eigenem Gutdünken verwenden können.

Die Juden im Kaukasus.

Ganz entlegen im Kaukasus gibt es Orte, an welchen Juden in Frieden, Freiheit und Sicherheit leben. Drei kleine, während des Krieges gegründete Republiken: Aserbeidschan, Grusien und Dagestan, die an der Grenze zwischen Europa und Asien gelegen sind, bilden diese Zufluchtsstätten. Die Zentren dieser glücklichen, jüdischen Bevölkerung sind die drei respektiven Hauptstädte, nämlich Baku, Tiflis und Babrosk. Vor dem Kriege waren die jüdischen Gemeinden dieser Städte klein. Die während des Krieges erfolgte Ausweisuug der Juden aus Litauen und die russische Revolution von 1917 vergrößerten diese Gemeinden und die Flucht der Juden vor dem bolschewikischen Terror brachte nicht nur erneuten Zuwachs, sondern auch eine interessante kulurelle Bewegung mit sich. Da die kaukasischen Juden dauernd von Rußland abgeschlossen waren, begannen sie mit der Schaffung eigener Zeitungen und Schulen. Während es vor dem Kriege kein einziges jüdisches Organ gab, werden jetzt sechs jüdische Zeitungen herausgegeben, zwei in russischer Sprache und je eine in hebräischer, jüdischer, tatarischer und grusinischer Sprache. Die letztgenannte erscheint in der Stadt Kutais, die anderen fünf in Baku. Im Stadttheater von Baku werden jüdische Stücke aufgeführt und unter den dortigen Schulen befindet sich ein Lehrerseminar. Baku war vor dem Kriege die Hauptstadt des gleichnamigen russischen Gouvernements. Damals waren weniger als zehntausend Juden im ganzen Gouvernement. Seit der Gründung der neuen kaukasischen Provinz jedoch wurde dieser Teil des alten russischen Reiches den Juden geöffnet, was die berichteten Ergebnisse mit sich brachte.

(Wiener Morgenzeitung).

Chronik.

Polen.

Wie der „Kurjer Nowy" aus absolut verlässlicher Quelle erfahren will, bewahrheite sich das Gerücht von der Mandatsniederlegung des Abgeordneten, Rabbiner *Perlmutter.* Infolge der Entrüstung und der Erbitterung, die sein Auftreten im Reichstage letzthin erregt hat, (bei der Abstimmung über das Staatsbürgergesetz stimmte Rabb. Perlmutter gegen die jüd. Abgeordneten) beschloss Rabb. Perlmutter, dem Drucke einflussreicher Persönlichkeiten der Orthodoxie folgend, auf sein Abgeordnetenmandat zu verzichten und sich aus dem politischen Leben zurückzuziehen. Rabb. Perlmutter bemüht sich jetzt um einen Paß nach Palästina, wo er ständigen Aufenthalt zu nehmen beabsichtgt.

— Abg. *Grünbaum* hat im Warschauer Stadtrat betreffs der städtischen jüdischen Schulen folgende Resolution eingebracht: Die allgemeinen städtischen Schulen, die für die jüdischen Kinder bestimmt sind, entsprechen nicht, sowohl ihrem Programm als ihrer Zahl nach, den Bedürfnissen der jüd. Bevölkerung Warschaus. In Anbetracht dessen, daß die Bedürfnisse der jüd. Bevölkerung, ihre besondere Kultur, Sprache wie auch Lebensformen besondere Schulen und eine besondere Schulorganisation auf allgemeinen Grundlagen und unter Kontrolle der Regierung erfordern, drückt der Stadtrat die Ueberzeugung aus, daß die jüd. Elementarschule in Uebereinstimmung mit dem Friedenstraktate raschestens der jüd. Gesellschaft übergeben werden soll.

Der Stadtrat beschließt: 1) Unter den jüdischen Ratsmitgliedern ein spezielle Schulkommission zu bilden, die die Aufsicht führen soll über die jüd. Schulen bis diese der jüd. Gemeinde übergeben werden. 2) Den Magistrat aufzufordern, daß er bei der Gründung von neuen Schulen das Prozentverhältnis der jüd. Bevölkerung berücksichtigen soll. 3) Sich an die Regierung zu wenden, daß in den jüd. Schulen, außer dem auch jetzt obligatorischen Religionsunterricht, auch jüd. Lehrgegenstände, nämlich hebräisch, Propheten, Jiddisch, und jüdische Geschichte eingeführt werden.

Er sei sicher, schließt Abg. Grünbaum, daß man nach seinen Ausführungen und der Behauptung des Vorsitzenden, daß die städtischen Schulen nicht danach streben, die jüd. Kinder zu entnationalisieren, für seine Resolution und insbesondere für Punkt 3 derselben stimmen werde.

— In Warschau fand unter zahlreicher Beteiligung eine Konferenz statt, um über Mittel und Wege im Kampfe gegen den Bolschewismus zu beraten. Im Präsidium sassen unter anderen Erzbischof *Teodorowicz* und Kriegsminister *Lesniewski.* Selbstredend bewegten sich die Debatten vollständig im antisemitischen Geleise, wobei fast stets die Juden mit dem Bolschewismus identifiziert wurden. Ohne irgendwelche Sachkenntnis wurden dabei von den Referenten die unsinnigsten Märchen aufgetischt. So rühmte sich Advokat *Bychowiec* in seinem Referate „Die Enstehung des Bolschewismus im Zusammenhang mit der Geschichte des Krieges und der Aktion der Deutschen und Zionisten", daß er als Be-

amter Clemenceaus für spezielle Angelegenheiten, viele Geheimnisse ergründen konnte. Der Weltkrieg sei nur dank der jüdischen Plutokratie entstanden, die im Kriege große Kapitalien erwerben wollte, um Palästina auf den Ruinen der anderen Staaten aufbauen zu können. Bereits 1911 begann die gemeinsame Tätigkeit des deutschen Generalstabes und der jüd. Führer. Auf einer großen jüd. Konferenz in Köln wurde beschlossen, den Deutschen bei der Demoralisierung der Nachbarländer an die Hand zu gehen. Bei den Wahlen in Amerika haben die Juden zusammen mit den Deutschen die Wahl *Wilsons* durchgesetzt, des Vertreters der demokratischen Partei, die unter dem Einfluß der Deutschen und Juden steht. Zur Zeit der Friedensverhandlungen in Paris habe der Führer der amerikan. Poale-Zionisten, *Sokolow* (?) von Dmowski verschiedene Konzessionen für die Juden in Polen verlangt. Es sei dies Dmowskis größter Fehler gewesen, denn von da an datiert der jüdisch-polnische Krieg. Er erwähnt sodann die Drohung des Juden Glücksmann (?) (scil. Abgeordneter Grünbaum), die Polen würden Wilna und Minsk verlieren.

In ähnlichem Geiste bewegten sich die anderen Ausführungen. Nach einem Referate des Redakteurs *Wasilewski* wurde der Vorschlag der wissenschaftlichen Sektion auf Einführung besonderer Schulen für Juden und Christen angenommen. Zum Schluß wurde auch beschlossen die Regierung aufzufordern, aus allen militärischen Spitälern die Sanitäter nichtpolnischer Nationalität zu entfernen, und daß die polnische Schule eine religiöse und nationale Schule sein müsse. Die Beratungen dauerten drei Tage.

— Anläßlich der mehrtägigen Diskussion in der Arbeitskommission über die Tätigkeit des Arbeitsministeriums verlangte der national-demokratische Abg. *Kaczynski*, die Entfernung der jüd. Beamten aus den Büros erwähnten Ministeriums, wobei er dem an der Sitzung teilnehmenden Arbeitsminister ein Verzeichnis der in den verschiedenen Büros beschäftigten jüd. Beamten überreichte. Charakteristisch ist, daß Abg. Kaczynski, der Geistlicher ist, es für nötig erachtete zu Beginn seiner Rede zu betonen, daß er keineswegs Antisemit sei. Der Arbeitsminister steckte mit einem Lächeln das ihm überreichte Verzeichnis in sein Portefeuille. Abg. *Schipper* erwiderte dem Abg. Kaczynski in einer längeren Rede.

— Auf einer Sitzung der reichstäglichen Bildungskommission wurde der charakteristische Vorschlag eingebracht, den Gebrauch des hebräischen Alphabets für jüd. Zeitungen zu verbieten. Diese Zeitungen sollen nur mit lateinischen Buchstaben erscheinen dürfen. Der Antrag wurde von der Kommission abgelehnt.

Ukraine.

General Jadwin über die ukrainischen Judenpogrome.

Präsident *Wilson* hat dem amerikanischen Senat Auszüge des Berichtes über die Judenpogrome in der Ukraine überreicht, den ihm General *Jadwin*, der nach der Ukraine speziell entsandt war, um die Pogrome zu untersuchen, übergeben hatte. General Jadwin erklärt in seinem Berichte, daß er von einem einzigen jüd. Komitee eine Liste von 10712 getöteten Juden erhalten habe, mit genauer Angabe der Städte und des Datums der vorgefallenen Pogrome. Die ihm zugestellten Ziffern beweisen, daß bis zum 9. Sept. 1919 die allgemeine Zahl der jüd. Opfer 29000 erreichte.

Pogrom in Slawetschno.

Am 11. Januar kam in Slawetschno (Kreis Owrutsch Gouv. Wolhynien) ein neuer schauderhafter Judenpogrom vor. Um die Mitternachtsstunde überfielen Soldaten Petljuras mit dem Rufe „Haut die Juden“ die Stadt, und schlugen 95 Juden die Köpfe ab. Die Köpfe schichteten sie auf dem Marktplatz zu einer Pyramide die „ein Monument für die kommenden Geschlechter bilden soll, daß es in Slawetschno keine Juden mehr geben werde.“

Die „Jewish Times“, der wir diese Nachricht entnehmen veröffentlicht teilweise auch die Namen der Opfer.

— Seit der Ankunft des Emigranten Schiffes Russlan in Palästina, veröffentlichen die palästinensischen Zeitungen ausführliche Schilderungen der Erlebnisse der ukrainischen Juden während der Zeit der Räubereien unter dem bolschewistischen Regime und der Pogromepidemie der Denikin- und Petljuraherrschaft, die die Emigranten selbst mitgemacht haben.

„Haaretz“ vom 16. Januar veröffentlicht einen Artikel unter dem Titel „Vom Leben in Odessa und Umgebung“, den wir u. a. folgende interessante Schilderungen entnehmen: „Ein besonderes Kapitel in der Geschichte der ukrainischen Pogrome, das wie ein Sonnenstrahl in der Finsternis wirkt und uns an den Heldenmut der ersten Makkabäer erinnert, ist die Schilderung der Heldentaten Chaim *Ostrowis* und seines Sohnes, eines 15jährigen Knaben, aus dem Städtchen Golowanewsk. Chaim Ostrowi war ein gewöhnlicher Jude, ein eifriger Zionist, und arbeitete stets zu Gunsten der Gemeinde Golowanewsk. Als die Pogromwelle über die Umgebung dieses Städtchen hinging, organisierte er selbst eine jüdische Schutztruppe, die gut bewaffnet und ausgerüstet war, um seine jüd. Brüder und Schwestern vor den Pogrombanden zu schützen. Diese Schutztruppe leistete Unglaubliches. Die Pogromisten griffen das Städtchen mehrere Male an, wurden aber von der Schutztruppe Ostrowis blutig abgewiesen und verhindert in das Städtchen einzudringen. In den Kämpfen zwischen der Schutztruppe Ostrowis und Petljuras Räuberbanden, hatten die letzteren einen Verlust von ca. 300 Toten zu verzeichnen. Chaim Ostrowi wurde nicht nur ein Kriegsheld sondern auch ein ausgezeichneter Stratege und bemächtigte sich der ganzen Umgebung von Golte bis Balta. Auf diese Art bewahrte er mehrere Dutzend Städtchen vor der Vernichtung. Der Einfluss Ostrowis auf die Schutztruppen war wie ein Zauber; unter seiner Führung wurde jeder Schwächling zu einem Held und wer bis dahin dem Judentum fern stand, wurde ein heisser nationaler Kämpfer. Auch sein Sohn opferte sich auf. Er ging in die gefährlichsten Stellungen der Pogromistenbanden um ihre Positionen auszuforschen. Nun geschah es einmal, während der Abwesenheit der Schutztruppe, daß die Räuberbanden das Städtchen Golowanewsk überfielen und innert einer halben Stunde 150 Menschen ermordeten. Bevor die Schutztruppe ankam, trotteten sie sich eilends fort. Dieser Vorfall entmutigte Ostrowi und machte ihn niedergeschlagen. Durch seine Unvorsichtigkeit gelang es zwei Offizieren, ihn zu überfallen und zu erschiessen. Auch sein Sohn wurde von den Freiwilligen erschossen. Die jüdischen und russischen Zeitungen in Rußland haben ausführliche Schilderungen der Taten der Golubniwsker Helden gegeben, und der bekannte Dichter *A. Faierstein* hat sie in einem seiner letzten Gedichte besungen.

Tschecho-slovakischer Staat.

Vom Jüdischen Nationalrat in der Tschechoslovakei.

Am 20. und 27. Jan. fanden in *Prag* Sitzungen des Jüd. Nationalrates statt, bei denen hauptsächlich die Frage der bevorstehenden Wahlen behandelt wurde. Auf der Sitzung vom 20. Januar gab Theodor *Wister*, Präsident des Volksverbandes der Juden der Slovakei, einen ausführlichen Bericht über den Stand der Wahlvorbereitungen in der Slovakei und die dortigen politischen Verhältnisse. Zu der vom provisorischen jüd. Zentralwahlkomitee für den 1.u.2. Febr. nach Pistyan einberufenen Tagung der slovakischen Juden, wurden alle

Kultusgemeinden, Ortsgruppen des Volksverbandes, die Lokalwahlkomitees und alle jüd. Organisationen, die an den Wahlen in der Slovakei interessiert sind, eingeladen. Auf dieser Tagung wird die Konstituierung der Partei und des Zentralwahlkomitees erfolgen. Bis Mitte Januar wurden ungefähr 25 jüd. Wahlkomitees gegründet. Dr. *Lieben* erstattete einen Bericht über die bereits mehrere Wochen andauernden Bemühungen des Nationalrates, die diesjährige Versorgung mit Mazzoth sicherzustellen, nach welchem begründete Aussicht besteht, daß diese Frage befriedigend geregelt wird.

Der Parteivorstand der Poale-Zion hat in einem Schreiben die Abberufung ihrer Vertreter aus dem Nationalrate mitgeteilt, welche Abberufung aus den Schwierigkeiten zu erklären ist, die sich einer offiziellen Stellungnahme dieser Organisation zu den Wahlen entgegenstellt. Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen und dem ehemaligen Vizepräsidenten des Nationalrates, Rudolf *Kohn,* für seine tatkräftige Mitarbeit der Dank ausgesprochen.

Dr. *Kaznelson* erstattet einen ausführlichen Bericht über die Kriegsgefangenenaktion des Nationalrates. Er berichtet, daß das amerikanische „Joint Distribution Committee" über Appell von Jacob *Shiff* 100 000 Dollars zum Zwecke der Repatriierung der jüd. Gefangenen in Sibirien gestiftet hat, deren Lage nach Berichten der amerikanischen zionistischen Organisation aus Krasnojarsk und von Kapitän *Sandelson,* britischer Stabsoffizier bei der sibirischen Expedition, überaus triste sind. Die sibirische Zionistenföderation und der sibirische Jüd. Nationalrat traten immer wieder für die jüd. Gefangenen ein. Mitte Februar wird ein zweiter Delegierter des Nationalrates sich nach Amerika begeben, um dort gemeinsam mit den für diese Angelegenheit in Amerika bereits gewonnenen Persönlichkeiten Schritte zu unternehmen. Sodann wurde noch der Bericht der Finanzkommission über die Sicherstellung des Budgets für das laufende Jahr mit Dank zur Kenntnis genommen.

Auf der Sitzung vom 27. Jan. beschäftigte sich der Nationalrat zunächst mit Presseangelegenheiten und dann mit den Wahlen für die Nationalversammlung. Es wurden die Delegierten bestimmt, die den Nationalrat bei der Pistyaner Tagung vertreten sollen. In der Frage der Gewährung einer vorläufigen Staatsaushilfe für die durch die Plünderungen im November 1918 besonders hart betroffenen slovakischen Juden wurden verschiedene vorbereitende Maßnahmen eingehend erwogen. Ebenso gelangte auch die Frage des tschecho-slovakischen Heimatsrechtes und die vom Nationalrate in dieser Angelegenheit zu unternehmenden Schritte zur ausführlichen Beratung.

— Der „Jüdischen Presszentrale Zürich" wird berichtet: Die Juden der Slovakei haben sich nach der politischen Aenderung der Verhältnisse und der Besetzung des Landes durch die Tschechen national zu organisieren begonnen. Sehr rührig arbeitet der „Volksverband der Juden in der Slovakei", dessen Anhang täglich wächst. Der Verband hat beschlossen, zu den bevorstehenden Wahlen in die Prager Nationalversammlung, welche nach den Gesichtspunkten des Minoritätenschutzes abgehalten werden sollen, *eigene Kanditaten* aufzustellen. Die Tätigkeit des Volksverbandes wird durch die Agitation gewisser orthodoxer Kreise zu beeinträchtigen gesucht, welche bisher politisch dem Magyarentum verschrieben waren und durch eine Stärkung der jüdisch-politischen Bewegung ein Schwinden ihres eigenen Ansehens fürchten. Es ist bedauerlich, daß durch solche Umtriebe die Einigkeit gerade in dem jetzigen, für die Zukunft der slovakischen Judenheit so wichtigen Augenblicke hintertrieben wird. Allgemeinem Mißfallen begegnet das Auftreten einzelner orthodoxer Agitatoren, welche von der Kanzel den Zionismus als mit ehrlicher Gesinnung für unvereinbar erklären.

Der „Jüdische Volksverband für die Slovakei" hat für den 1. und 2. Februar einen *jüdischen Gemeindetag* nach *Pistyan* einberufen, auf welchem die Richtlinien für die künftige jüdisch-politische Betätigung festgelegt werden sollen. Von den Ergebnissen der Tagung erwartet man eine starke Förderung der bewußt-jüdischen Arbeit in der Slovakei.

Mährisch-Ostrau. Der Vorstand der poale-zion. Partei für die Tschecho-Slovakei beschloß, die Poale-Zionisten aufzufordern, bei den bevorstehenden Wahlen in die Nationalversammlung ihre Stimmen den sozialdemokratischen Kanditaten zuzuwenden. Zugleich beschloß er, die poale-zion. Vertreter aus den jüdischen National- und Volksräten abzuberufen.

Hilfsaktion Mährens für jüdische Kinder aus Wien.

Seit einigen Tagen wurden mit der tschechoslovakischen Regierung Verhandlungen gepflogen, jüdische Kinder nach Mähren bringen zu dürfen. Die Verhandlungen führten zu einem sehr günstigen Erfolge. Die Regierung hat die Bewilligung zur Einreise gegeben. In den nächsten Tagen wird die Aktion perfektioniert und schon in der ersten Februarwoche dürfte der erste Transport jüdischer Kinder aus Wien in Brünn erwartet werden. („Jüd. Volksstimme".)

— Bei den Gemeinderatswahlen in Troppau wurde der Kandidat der Jüdisch-Nationalen, Adv. Dr. *Sonnenschein,* gewählt.

— Der Rabbiner von *Munkács* hielt vor kurzem in Uzhorod im Kreise seiner Chassidim einen stark besuchten Vortrag, wo er zum Schluss mit der festesten Ueberzeugung und zur größten Ueberraschung der Zuhörer erklärte, daß die Juden keine Tschechen und keine Magyaren sondern nur Juden seien. Diese Erklärung ist ein wichtiger Fortschritt in der Geschichte der Orthodoxie des Ostens. Allerdings geht die neue Erkenntnis nicht sehr tief, denn ein Versuch des Präsidenten des Zionsvereines „Achduth", Dr. Juszkowits, bezüglich der nationalen Organisierung der Juden in Karpathenrussland mit dem Rabbiner ein Kompromis abzuschliessen, scheiterte vollständig. Der Rabbiner gab zu, daß der Zionismus bei den frommen Juden von Nutzen sei, für die orthodoxen Juden aber bilde er eine Gefahr. Immerhin erklärte er, man müsse zugeben, daß die Orthotoxie nicht fähig sei, die Führung des Judentums nach Aussen zu übernehmen. (Jüdische Rundschau).

— Laut der „Jüdischen Volkszeitung" in Pressburg hat ein jüd. Bürger von Freistadtl durch Vermittlung der „Hebrew Sheltering and Immigrant Aid Society of America" in New York ein Schreiben von seinem seit Jahren in ostsibirischer Gefangenschaft befindlichen Sohn erhalten, welches der genannten Gesellschaft durch ihre Zweigstelle in Yokohama zugekommen war. In dem Begleitschreiben der Hebrew Sheltering Society gibt die Gesellschaft bekannt, daß sie gern bereit ist Familienbriefe an Angehörige im fernen Osten durch ihre dortigen Niederlassungen zu befördern, falls eine direkte Korrespondenz nicht möglich ist.

Rumänien.

Pogromgefahr in Rumänien.

Die rumänische Zeitung „Opinia" schreibt: „Man berichtet uns, daß das beklagenswerte System, die jüd. Reisenden in den Zügen zu mißhandeln, wieder begonnen hat. So wurden in dem Zuge nach Czernowitz einige dieser Reisenden übel zugerichtet. Ein Mann mit einer Mappe unter dem Arm, ging von Wagen zu Wagen, und forderte die Passagiere auf, eine Erklärung über die Notwendigkeit der Pogrome zu unterzeichnen.

Wir machen die Behörden auf diese Tatsachen aufmerksam und wir bitten, daß sie strenge Maßregeln ergreifen, um solch barbarische Handlungen zu unterdrücken, was sehr schnell geschehen muss, damit dieses Beispiel keine Nachahmer findet."

— Wer geglaubt hat, die Regierung Vaida-Voevod werde eine neue Gesinnung in der rumänischen Haltung gegenüber den Juden einnehmen, befand sich in einem großen Irrtum. Die allgemeine rumänische Kommission für Kriegsentschädigungg hat in ihre Bestimmungen einen neuen Artikel 7 eingefügt, der lautet: Die Juden und alle anderen Fremden aus Altrumänien, welche im Kriege waren, haben das Recht auf eine Kriegsentschädigung.

Oesterreich.

Die bevorstehenden Kultuswahlen.

Der Wiener *F.* Korrespondent der „Jüdischen Presszentrale Zürich" berichtet: Der Termin der künftigen *Wahlen in die Kultusgemeinde* steht noch nicht fest, da das neue Wahlstatut bisher noch nicht die behördliche Bestätigung erlangt hat. Doch werden die Wahlen vermutlich nicht mehr lang auf sich warten lassen. Die Wahlagitation beginnt langsam einzusetzen. Die jüdisch-nationale Partei, welche mit einem entscheidenden Siege rechnet, hat ein Wahlkomitee eingesetzt und mit den nötigen Vorarbeiten betraut. Auf der gegnerischen Seite arbeitet ein sogenanntes Komitee der nicht-jüdischnationalen Parteien, an dessen Spitze der deutschliberale Universitätsprofessor Dr. *Königstein* steht. Das Komitee, welches seiner Sache nicht sehr sicher ist, arbeitet bisher nur mit Drucksachen und in streng vertraulichen Konventikeln. Als Kampfprogramm dient die von den Jüdischnationalen und ihrem Wortführer, dem Abgeordneten *Stricker* erhobene Forderung nach *gesetzlicher Anerkennung der jüdischen Nation*, deren Verwirklichung die Assimilanten als mit einer Vernichtung der staatsbürgerlichen Rechte der österreichischen Juden gleichbedeutend erklären möchten.

Die politische Tätigkeit des Abgeordneten Stricker gewinnt ihm täglich neues Ansehen. Obzwar er sozusagen allein eine Partei in dem österreichischen Parlament darstellt, finden seine Ausführungen die größte Beachtung. Dies gilt von seiner jüngst gehaltenen Rede gegen die Aufstellung einer eigenen Armee, noch viel mehr aber von der Rede, die er anläßlich der Beratung über die Vermögensabgabe gehalten hat. Abgeordneter Stricker geißelte in scharfen Worten das Verhalten der mit der Wiener Börse liierten oder von Großbanken finanzierten Großpresse, welche nach seiner Behauptung die Aussicht auf die amerikanische Anleihe zu verkleinern suchte, um einen Börsensturz zu verhindern. Es handelt sich hier um die sogenannte „Judenpresse", für deren Sünden das jüdische Volk verantwortlich gemacht wird, und die dem jüdischen Namen ungeheuer abträglich ist. Während die linksstehende Wiener Presse Strickers Rede die größte Aufmerksamkeit zollte, setzten sich die angegriffenen Blätter gegen die gerechte Beschuldigung zur Wehr. Strickers mannhaftes Auftreten bedeutet, obgleich es sich um einen Gegenstand von nicht speziell-jüdischem Interesse handelt, einen bedeutenden Erfolg der jüdischnationalen Politik und bestätigt aufs Schlagendste, daß der von den Wiener Nationaljuden eingeschlagene Weg der richtige war. —

Die Wiener Gruppe des *„Hapoel Hazair"* gibt eine zweimal im Monat erscheinende Zeitschrift *„Haawodah"* in hebräischer Sprache heraus, von der bereits zwei Nummern vorliegen. Das Blatt ist gut redigiert und findet unter dem hebräisch lesenden Publikum allgemeine Beachtung.

— Der ungarische Handelsminister hat verschiedenen Wiener Zeitungen, darunter der „Wiener Morgenzeitung", das Postdebit für Ungarn entzogen.

Deutschland.

Karlsruhe, 2. Febr. (Wolff.) Zwischen dem Senat der Technischen Hochschule in Karlsruhe und der Studentenschaft ist es wegen der Berufung von Prof. Max *Meyer* aus Berlin zu Differenzen gekommen. Die Studentenschaft hatte den genannten Gelehrten abgelehnt, weil er Jude ist. Daraufhin hat der Senat wissen lassen, daß er den Studentenausschuß nicht mehr anerkenne und des chemische Institut als Maßregel gegen die Studentenschaft schliesse. Als Erwiderung beschloß die Studentenschaft heute in den Streik zu treten, falls nicht noch in letzter Stunde eine Einigung erzielt würde.

— Der Verband der Ostjuden in Deutschland verhandelt mit dem Vorstand der Berliner Jüd. Gemeinde wegen Errichtung einer Herberge zur Unterkunft und Verpflegung der sich in Berlin vorübergehend aufhaltenden, obdachlosen jüd. Flüchtlinge. Am 31. Jan. wurde das Verwaltungskomitee für die Herberge konstituiert, dem die Aufgabe zufällt, das Hilfswerk des Verbandes zur Verpflegung und Beherbergung der ostjüdischen Flüchtlinge zu fördern.

— Wie verlautet soll Dr. Paul *Nathan* den Vorsitz im Hilfsverein der deutschen Juden in Berlin niedergelegt haben.

Italien.

Bei den Wahlen der jüdischen Gemeinde in *Florenz* wurden bei einer Wahlbeteiligung von 81 % sämtliche 11 zionistischen Kandidaten gewählt. Florenz ist hiemit die erste jüd. Gemeide Westeuropas, die ein rein zion. Gemeindekollegium hat.

Frankreich.

Sokolow bei Léon Bourgeois.

Wie wir hören, wurde Sokolow am 23. Januar von Léon Bourgeois, Präsident des Senats und des Exekutiv-Komitees des Völkerbundes empfangen.

Sokolow gab als Grund seines Besuches den in der französischen Regierung eingetretenen Wechsel an, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die neue französische Regierung, ebenso wie dies bei der englischen und italienischen Regierung der Fall sei, ihre freundliche Haltung dem Zionismus gegenüber beibehalte.

Bourgeois erklärte, daß er zwar noch keine Gelegenheit gehabt habe, mit *Millerand* über die orientalische Frage zu sprechen, er jedoch sicher sei, daß die neue Regierung, was den Zionismus betreffe, die gleiche Haltung wie ihre Vorgänger einnehme und davon greifbare Beweise geben werde. Diese Erklärung bezeugt das Interesse, das der neue Minister den kleinen Nationalitäten entgegenbringt.

In dieser Unterredung war u. a. auch vom Mandat und von den Grenzen Palästinas die Rede. Sokolow soll von dieser Zusammenkunft den besten Eindruck mitgenommen haben. (Peuple Juif.)

Die Abgesandten des Joint Distribution Committee im Komitee der Jüdischen Delegationen.

Vom Komitee der jüd. Delegationen wird der „J.P.Z." mitgeteilt: Grosse Begeisterung herrschte am 27. Jan. in den Räumen des *Komitees der Jüdischen Delegationen* beim Empfang der Hilfskommissionen des *Joint Distribution Committee*, welche sich nach *Polen*, *Ukraine* und *Rumänien* begeben. Die 29 Abgesandten des „Joint" machten sowohl auf das Komitee der Jüd. Delegationen als auf die anwesenden Gäste durch ihre Energie, durch ihren Mut und ihre Entschlossenheit einen ausgezeichneten Eindruck.

Die Männer, welche nach dem Osten hinausgehen, um dort für die osteuropäischen Juden die amerikanische Hilfsaktion zu organisieren und durchzuführen, redeten dieselbe geistige Sprache, wie die Vertreter des Komitees der Jüd. Delegationen.

Es war ein Abend voll ernster Stimmungen und zugleich wahrhaft jüdischer Geistesblitze. Eine Rede nach der andern war ein Echo der Erlebnisse des Gesamtjudentums und der einzelnen Teile des jüdischen Volkes diesseits und jenseits des Ozeans. Die Einleitung dazu gab die glänzende Rede des Vorsitzenden *Sokolow*, der

auf die Heiligkeit der amerikanischen Mission und die Opferwilligkeit der Abgesandten hinwies. Es hielten sodann Ansprachen der Generalsekretär *Motzkin, Boris Goldberg-Wilna, Podlischewski-Warschau, Zlatopolsky-Kiew, Dr. Ringel-Lemberg und Dr. Kogan-Bernstein-Kischinew,* welche in verschiedenen Variationen und unter dem großen Beifall der Versammlung den Gedanken zum Ausdruck brachten, daß die Grundlage einer erfolgreichen Hilfstätigkeit einzig und allein in der Leitung der Hilsaktionen durch die lokalen jüdischen Selbstverwaltungsorganisationen zu suchen sei. Seitens der Kommissionen sprachen die Herren Dr. *Bogen,* Professor *Friedlander,* der Gewerkschaftsführer *Pine* und Dr. *Spiwak.* Dr. *Bogen* betonte, daß er selbst auf Grund seiner großen Erfahrungen in Polen auf dem Standpunkt stehe, Amerika habe für die Auftreibung der Gelder zu sorgen, dagegen seien die Verteilung und Verwendung der Hilfsgelder einzig und allein von den lokalen Organen durchzuführen. Diese Erklärung von Dr. Bogen rief stürmische Zustimmung seitens der Anwesenden hervor. In sehr warmen Worten schilderten Professor *Friedlander* und Gewerkschaftsführer *Pine* ihre Absichten mit Bezug auf die Aktionen in der Ukraine, während Dr. *Spiwak* die Wirksamkeit der Kommissionsmitglieder in der Heimat darlegte.

— Boris *Goldberg,* der Direktor des Finanzdepartements der Zion. Organisation und *Podliszewski,* Mitglied des Großen A. C. weilen gegenwärtig in Paris. Man erwartet in Paris auch die Ankunft von *Idelson* und *Goldstein* aus London. Sie sollen an der Vollversammlung der russischen Delegierten des Komitees der Jüd. Delegationen, die nächstens in Paris stattfinden wird, teilnehmen.

England.

Unter der Ueberschrift „Journalismus“ kritisiert Ch. Z. *Klötzel* in dem in Berlin erscheinenden „Volk und Land“ in einem äußerst scharfen Artikel den Bericht des Londoner jüdischen Korrespondezbureaus über den Empfang der Presse-Vertreter durch Max Nordau in London, wie auch andere Mitteilungen erwähnten Bureaus. Die Berliner „Jüdische Rundschau“ findet die Bemerkung Klötzels nicht unberechtigt, jedoch bedauerlich, daß Klötzel diese Berichte als Erzeugnisse des Londoner „Zion. Hauptquartiers“ und das erwähnte Korrespondenzbureau als offiziöses Organ der zion. Leitung hinstellt. Ihres Wissens bestünde zwischen dem Korrespondenzbureau und der zion. Leitung gar kein Zusammenhang; das Bureau sei ein Privatunternehmen und gerade aus der Art der von ihm ausgegebenen Meldungen müsse ein aufmerksamer Leser ersehen, daß der Kontakt kein übermäßig enger sei.

— Der palästinensische Bauunternehmer *J. Grünberg* hat sich kürzlich nach London begeben, um dort einen Plan für 2000 Bauten in Palästina auszuarbeiten.

Amerika.

Young Judea in den Vereinigten Staaten.

Ueber die „Young Judeans“ wird der „Jüdischen Presszentrale Zürich“ mitgeteilt: Die zion. Erziehung der jüd. Jugend von Amerika umfasst ein breites Programm pädagogischer Tätigkeit. In den Vereinigten Staaten dürfte es schätzungsweise etwa 700,000 jüd. Kinder im Volksschulalter und ca. 500.000 junge Leute geben. Während des letzten Jahres hat das Erziehungsdepartement der zion. Organisation sein besonderes Augenmerk darauf gerichtet die jungjüdische Bewegung zu entwickeln. Im Laufe des Jahres, ist „Young Judea“ auf 716 Klubs gewachsen, mit einer totalen Mitgliederzahl von ungefähr 15000 Knaben und Mädchen. Ausserdem hat „Young Judea“ durch öffentliche Veranstaltungen und auf andere Weise auf einen weit grösseren Kreis eingewirkt, der vielleicht 100000 Knaben und Mädchen umfasst, die alle systematisch dem zion. Einfluss unterworfen wurden.

Um die erzieherischen Bemühungen, die von „Young Judea“ im ganzen Land gemacht werden zu erleichtern, hat das Erziehungsdepartement eine Reihe von Vorschlägen und Programmaterial für Chanukkah, Chamischo Osor B'Schevat, Purim, Pesach, Schvuoth, Herzltag und Tischa B'Av. herausgegeben. Die Veröffentlichung hebräischer und palästinensischer Lieder, hat begonnen und findet bei den „Young Judeans“ grossen Beifall. Im Laufe des Jahres ist ein „Klubbuch für Jüngere“ vom Erziehungsdepartement vorbereitet worden, das Vorschläge für Klub-Programme für jede Woche im Jahre enthält.

Die wichtigste Arbeit, Führer heranzuziehen, auszubilden und ihnen Direktiven zu geben, wurde Rabbi Eugen *Kohn* anvertraut. 16 Ausbildungsgruppen die eine Gesamtzahl von 309 Schülern umfassen, waren in den verschiedenen Teilen des Landes in Funktion. Von der Vereinsleitung wurde diesen Gruppen ein Leitfaden mit den Grundsätzen der Jugend-Arbeit übergeben. Es liefen 162 Gesuche um Erteilung von Führer-Zertificaten ein und täglich werden neue Gesuche gestellt. Ein spezieller Ausschuss von Examinatoren wurde gewählt, der die Qualifikationen der Kandidaten prüft. „The Young Judea Leader“, ein Monatsbulletin, wird regelmässig herausgegeben und hat den Führern wertvolle Dienste erwiesen. Das Monatsbulletin „Hamnahel“ enthält Berichte und Ratschläge für Mitglieder und Leiter der hebräischen Jugendvereine. Auf Anregung der Leitung, wurden in verschiedenen Teilen des Landes Sektionskonferenzen der Leiter abgehalten. Auch ist die Leitung des Büros in ständigem brieflichen Kontakt mit den einzelnen Führern und gibt Informationen und Anleitungen über die verschiedensten Fragen ihres Arbeitsgebietes.

Die Gewohnheit, Wanderarbeiter (Field workers) zu senden, um „Young Judea“ Gruppen zu besuchen ist als ein beständiger Faktor in die Tätigkeit der „National-Judea“ aufgenommen worden. Der Einfluss der „Young Judeans“ geht weit über die eingeschriebenen Mitglieder hinaus. Die literarischen Veröffentlichungen der „Young Judeans“ werden von anderen Organen wiedergegeben und bilden so einen ständigen Strom von zion. Literatur für Jugendliche.

Die Tradition der „Young Judea“, der zion. Organisation praktische Dienste zu erweisen ist aufrecht erhalten. Die älteren „Young Judeans“ haben sowohl an der Registration Kampagne und an der „Palestine Restoration Fund Campagne“ teilgenommen, wie auch an den Fahnen- und Blumentag-Sammlungen für den Jüd. Nationalfond. Genaue Ziffern können nicht angegeben werden, aber es gibt ein Verzeichnis von Gemeinden, wo tatsächlich die ganze Last der zion. Arbeit den „Young Judeans“ zufiel. Es ist auch begonnen worden, die Beteiligung der „Young Judea“ Gruppen an der Arbeit für das Palestine Supplies Departement zu sichern. 26 „Young Judea“ Gruppen haben für die Kinder in Palästina genäht.

Die elfte Jahresversammlung der „Young Judea“ die im letzten Juni in Long Branch N. J. abgehalten wurde und die aussergewöhnlich gut besucht war, fasste Resolutionen, worin die amerikanische zion. Organisation aufgefordert wird, eine Kopfsteuer von allen Zionisten zu erheben, um die Lokal-Organisationen mit den entsprechenden Fonds versehen zu können, die für die örtliche Erziehungsarbeit notwendig sind. „Young Judea“ kann also als ein wirksamer Zweig der zion. Bewegung in Amerika betrachtet werden.

Palästina.

Wie die letzten Nachrichten aus Obergaliläa besagen, ist *Metula* wieder von den Franzosen besetzt worden, sodaß die Flüchtlinge nach Metula zurückkehren. Auch erweist sich das Gerücht, daß Dobrinski und Trippon tot aufgefunden worden sind, als nicht zutreffend. Ausser Schaposchnik sind keine jüdischen

Opfer zu verzeichnen. Das Befinden der Arbeitergruppen von Tel-Chai und Kfar-Giladi ist trotz der Beschiessung durch die Beduinenbanden, gut. Der Schaden am lebenden Inventar war in Metula sehr groß.

Der „Waad Hazirim" hat von General *Gouraud* folgendes Telegramm erhalten: Die jüdischen Flüchtlinge aus Kfar-Giladi und Tel-Chai können zurückkehren, da in dieser Zone vollständige Ruhe herrscht.

— Die muselmanischen und christlichen Araber Palästinas haben in einem an den Papst gerichteten Memorandum gegen die pro-zionistische Politik der englischen Regierung protestiert, wie auch gegen die Balfourdeklaration bezüglich der Schaffung eines jüdischnationalen Heims in Palästina. In dem Memorandum wird auch die kuriose Behauptung aufgestellt, daß die englische Regierung jüdischen Bolschewisten die Niederlassung in Palästina gestattet. Zum Schluß erklären die Araber, daß sie nicht gestatten werden, daß die Zionisten sich in „ihrem" Lande festsetzen.

— Ende Januar fielen in Palästina ungewöhnlich starke Regengüsse, sodaß der Eisenbahnverkehr zwischen Aegypten - Jerusalem - Haifa für einige Zeit eingestellt werden mußte. In Jerusalem sind viele Häuser beschädigt worden, manche drohen sogar einzustürzen. Der Munizipalrat hat es für notwendig erachtet, eine spezielle Kommission für die Untersuchung aller beschädigten Häuser einzusetzen.

— Der palästinensische Korrespondent der „Jüd. Presszentrale Zürich" berichtet: Unlängst hat der Militärgouverneur von *Haifa* die Vertreter der jüdischen, christlichen und muselmanischen Gemeinden von Haifa, sowie die Vertreter der diesen unterstellten Schulen eingeladen, um die Angelegenheit der von der Regierung geplanten Einrichtung einer gemeinsamen Schule zu beraten. In einem Entschuldigungsschreiben an die jüd. Vertreter, die an der Sitzung nicht teilnahmen weil diese für einen Sabbath anberaumt worden war, erklärte der Militärgouverneur, daß die erste Sitzung nur deshalb auf den Sabbath festgesetzt worden sei, weil der aus Jerusalem eingeladene Beamte des Schulwesens nur für Samstag nach Haifa gekommen war und schon am Sonntag zurückreisen mußte. Auf der zweiten Sitzung, die bereits für einen Wochentag einberufen war, erklärten die jüdischen Vertreter, daß sie bereit seien, sich an einer gemeinsamen Schule zu beteiligen jedoch nur unter folgenden zwei Bedingungen: 1) Anerkennung der Gleichberechtigung der hebräischen Sprache mit der englischen und arabischen. 2) Für einige Fächer soll als Unterrichtssprache das Hebräische bestimmt werden. Mit Ausnahme der protestantischen Vertreter haben sich die Christen und Muselmanen gegen Punkt 2 ausgesprochen. Die Frage des Ruhetages und der verhältnismäßigen Vertretung in der Schulverwaltung stand noch nicht zur Beratung.

Sew *Jabotinsky* veröffentlicht im „Haaretz" vom 12. Jan. einen „Hasjag" betitelten Artikel, in dem er sich entschieden gegen derart gemeinsame Schulen ausspricht.

— Der größte Teil der jüd. freiwilligen Legionäre, deren Dienstzeit schon abgelaufen ist, hat sich erboten, für begrenzte Zeit noch im Dienst zu bleiben. Sie bezwecken damit, die Schaffung einer ständigen jüdischen Legion in Palästina zu ermöglichen. Vor der Abreise Prof. *Weizmanns* wurde auf einer Beratung, die in Jerusalem stattfand, beschlossen, daß Prof. Weizmann, Colonel Patterson und Colonel Samuel in London zugunsten der Gründung einer jüd. Legion in Palästina gemeinsam wirken sollen.

— Der Chacham-Baschi von Jerusalem, Nissen Danun, hat vom britischen Generalstab einen Bericht erhalten, wonach alle Angehörigen des Gallipoler zion. Trainregimentes, folgende Auszeichnungen erhalten haben: erstens den Stern Nr. 15. 1614; zweitens den englischen Kriegspreis und drittens den Sieges-Preis.

— In dem dominikanischen Kloster zu Jerusalem hat unlängst eine Versammlung von Vertretern verschiedener Gesellschaften für Orientforschung stattgefunden. Von der jüdischen Gesellschaft waren *Ben-Jehuda*, David *Jellin* und Prof. Dr. *Slousch* anwesend. Auf dieser Versammlung wurde beschlossen, eine allgemeine Gesellschaft für Orientforschung in Palästina zu gründen. Die Gesellschaft wird von Zeit zu Zeit Sammelschriften in englischer und französischer Sprache herausgeben, auch werden Artikel in anderen Sprachen wie arabisch, hebräisch u. s. w. in diesen Sammelschriften Aufnahme finden. Als Präsident ist ein Franzose, als Vizepräsidenten ein Engländer und ein Amerikaner gewählt worden. Prof. Dr. Slousch ist der Sekretär dieser Gesellschaft. Colonell Storres, Ben-Jehuda und ein Grieche sind als geschäftsführende Mitglieder gewählt worden.

— Das Pressbureau des „Waad Hazirim" in Jerusalem veröffentlicht in den palästinensischen Blättern ein Dementi der jüngst von den Zeitungen gebrachten Meldung (s. „J. P. Z." Nr. 72) über die Gründung einer Telegraphenagentur der amerikanischen zion. Organisation in Palästina. Es gebe nur ein einziges Pressbureau und zwar dasjenige des Waad Hazirim in Jerusalem, welches von den Herren *Almaliach* und *Epstein* geleitet wird und die Nachrichten aus Palästina gleichzeitig an die zion. Organisationen in London und Amerika mitteilt.

Registrierung von Gesellschaften in Jerusalem.

Das „Board of Trade Journal" meldet: Von der Verwaltung des besetzten Gebietes in Jerusalem ist eine Verordnung herausgegeben worden, welche Bestimmungen über die Registrierung von Gesellschaften und über die Verleihung der Rechtsfähigkeit vor Beginn ihrer Geschäfte enthält. Die Verordnung hat folgenden Text:

1. Eine Handelsgenossenschaft oder Gesellschaft, welche Geschäfte im besetzten Gebiet (Süd) betreibt, gleichgültig ob mit beschränkter oder unbeschränkter Haftung, ob sie im ottomanischen Reiche oder ausserhalb desselben etabliert ist, soll innerhalb einer Frist von einem Monat nach der Herausgabe dieser Verordnung beim Gerichtshofe erster Instanz in jenem Distrikt, wo sie ihren Hauptsitz oder eine Zweigniederlassung hat, registriert werden. Handelsgenossenschaften oder Gesellschaften, welche sich nachher etablieren und Geschäfte im besetzten Gebiet (Süd) betreiben, sollen innerhalb einer Frist von einem Monat, vom Zeitpunkte ihrer Gründung an gerechnet, in das Register eingetragen sein.
2. Eine Gesellschaft, welche registriert werden will, hat beim Präsidenten des Gerichtshofes erster Instanz eine von den Teilhabern unterfertigte Erklärung einzureichen, welche enthalten muß: den vollen Namen, Beschreibung des Gesellschaftszweckes und Sitz der Teilhaber sowie der Anteilscheininhaber m. b. H. oder der stillen Gesellschafter (Kommanditisten), den Firmennamen der Gesellschaft, die Namen jener Teilhaber, welche berechtigt sind, die Geschäfte der Gesellschaft zu verwalten, zu leiten und zu zeichnen, die Höhe des tatsächlich eingezahlten Kapitals, welches auf Aktien von den Kommanditisten einzuzahlen ist, das Datum des Vertragsabschlusses und des Inkrafttretens des Gesellschaftsvertrages.
3. Eine Gesellschaft m. b H. hat eine Erklärung einzureichen, welche unter anderem feststellt: das Land, in welchem die Genossenschaft gegründet wurde und ihre Nationalität, das behördlich limitierte und wirklich eingezahlte Kapital der Gesellschaft, den Nominalwert und die Zahl ihrer Anteilscheine, den Hauptsitz der Gesellschaft und jene Orte im besetzten Gebiet (Süd), wo die Gesellschaft Zweigniederlassungen hat.
4. Eine Aktien- oder Kommanditgesellschaft m. b. H. eine geschlossene Handelsgesellschaft sowie jede wie immer konstruierte kaufmännische Gesellschaft m. b. H. muß eine Bewilligung von der Verwaltung des besetzten Gebietes (Süd) haben, bevor sie mit ihrer Geschäftstätigkeit beginnen kann.

Schweiz.

Das Zentralbureau der „Agudas Jisroel" hat vom Eidgenössischen Ernährungsamt die Bewilligung erhalten, ein größeres Quantum Mazzoth und sonstiger ritueller Lebensmittel als Liebesgabensendung der Schweizer Judenheit für die Pesachfeiertage nach Wien auszuführen. Die schweizerische Agudas Jisroel Landes-Organisation wird in den nächsten Tagen an die Schweizer Judenheit einen Appell richten, sich an dieser rituellen Liebesgabensendung nach Kräften zu beteiligen.

Die „J.P.Z." ist eine Privatagentur — Druck von Kopp-Tanner, Zürich